

Zürich, Feuerthalen und Kloten, 19. September 2011

KR-Nr. 255/2011

PARLAMENARISCHE INITIATIVE von Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich), Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen) und Regula Kaeser-Stöckli (Grüne, Kloten)

betreffend Standesinitiative zur Wiedereinführung des kantonalen Mitbestimmungsrecht bei Atommüllendlagern

Der Stand Zürich reicht bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative mit folgendem Wortlaut ein:

Es ist ins Kernenergiegesetz aufzunehmen, dass die betroffenen Standortkantone einem Endlager für radioaktive Abfälle zustimmen müssen. Dieser Grundsatz ist solange aufrecht zu erhalten, bis der Neubau oder die Erneuerung von Atomkraftwerken endgültig verboten worden ist.

Heidi Bucher-Steinegger
Markus Späth-Walter
Regula Kaeser-Stöckli

255/2011

Begründung:

Anlässlich der letzten Revision des nationalen Kernenergiegesetzes wurden die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung beim Bau eines Endlagers für radioaktive Abfälle massiv eingeschränkt. Damit wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, dass einem Kanton ein Atommülllager gegen seinen eigenen Willen aufgezwungen werden kann. Das darf nicht sein, weil es die demokratischen Rechte zugunsten der Atomkraftwerkbetreiber und der Atomstromkonsumenten einschränkt. Die Gefahr, die von radioaktiver Strahlung ausgeht, und die Furcht der betroffenen Bevölkerung vor dieser Bedrohung sind ernst zu nehmen, und es ist ihnen Rechnung zu tragen. Deshalb ist auch die Willensäusserung der an einen Standort angrenzenden Kantone im Entscheidprozess zu berücksichtigen.